TELEPOLIS

Das Delirium Subventionorum - Gruselgeschichten aus dem Irrenhaus

Wolfgang J. Koschnick *22.04.2014*

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 21

In Deutschland und Europa gibt es für die irrsinnigsten Projekte üppige Subventionen. Viele sind so aberwitzig, dass der unbefangene Betrachter nicht wissen kann, was die Politiker ritt, als sie die Gelder verstreuten: Schamlosigkeit beim Umgang mit Steuergeldern oder nackte Blödheit. Viele Subventionen sind so absurd, dass man sich entgeistert fragt, ob man nicht doch im Kabarett oder gar im Gruselkabinett sitzt. Doch der Irrsinn hat Methode.

Teil 20: Im Sumpf der Subventionen[1]

Im Laufe der Jahrzehnte sind ganze Wirtschaftszweige unter die Fuchtel der Subventionsbürokratien gefallen. Am dramatischsten ist das bei der Landwirtschaft. Sie ist so gut wie vollständig in der Hand der Agrarbürokratien. Kein Wirtschaftszweig wird so stark subventioniert und muss zugleich so viele bürokratische Auflagen erfüllen. Bürokratenherrschaft und Klientelepolitik wirken zusammen, um ein politisches Irrenhaus zu unterhalten.



Die Landwirtschaft ist in Deutschland und Europa komplett durchsubventioniert und bis ins letzte Detail durchbürokratisiert. Es handelt sich um eine faktische Form der Verstaatlichung, die sich zu totaler Misswirtschaft und zu einer bizarren Bürokratenherrschaft ausgewachsen hat - mit verheerenden Folgen; denn nun kämpfen zu allem Überfluss auch noch tausende von Agrarbürokraten um die Erhaltung ihrer Jobs, indem sie das krakenhafte Subventionsnetzwerk verteidigen.

Jahr für Jahr verteilen die Staaten der Europäischen Union (EU) Subventionen in Höhe von 100 Milliarden Euro an die Landwirtschaft, davon 60 Milliarden direkt über Brüssel. Gut ein Drittel aller EU-Ausgaben fließt in die Agrarsubventionen.

Das führt dazu, dass mit der Landwirtschaft eine Branche in einer Größe künstlich am Leben erhalten wird, die am Markt keine Überlebenschance hätte. Aus ökonomischer Sicht müssten diese Subventionen eingestellt werden. Aber die EU ist einer der größten Subventionszahler überhaupt und wird sich den riesengroßen Geldtopf mit Sicherheit nie aus den Händen reißen lassen - und zwar schon deshalb nicht, weil dann auch viele tausend Agrarbürokraten ihren Job verlören. Das werden die zu verhindern wissen.

Dabei hatte das alles mal so richtig vernünftig und eher hausbacken angefangen. Als 1957 die Römischen Verträge abgeschlossen wurden und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstand, war es unter dem Eindruck der Nahrungsmittelknappheit in Kriegs- und Nachkriegszeiten ihr Hauptziel, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Es sollte sichergestellt sein, dass niemand mehr Hunger leiden muss und immer genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen - auch wenn mal eine Ernte nicht so ergiebig ausfällt. Damals war das ja noch längst keine Selbstverständlichkeit. Da gab es noch Hungerwinter. Die Subventionierung hatte da noch einen wirklich vernünftigen ökonomischen Sinn.

Die Landwirtschaft ist nun einmal von natürlichen Faktoren wie Klima und Boden abhängig. Dadurch ist sie gegenüber anderen Wirtschaftszweigen benachteiligt - mit der Folge, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln starken Schwankungen unterworfen ist. Um sicherzustellen, dass die Bevölkerung immer gut versorgt ist, wurde die Landwirtschaft subventioniert. Nahrungsmittel sollten nie mehr knapp werden.

Doch was ist aus diesen bescheidenen Anfängen geworden? Ein bürokratischer Wasserkopf-Zyklop in Brüssel, der Jahr für Jahr Milliardenbeträge um sich schleudert und alles daran setzt, diese Summen jedes Jahr noch weiter erhöht zu bekommen. Dabei sind die Kosten für den Betrieb der Brüsseler Bürokratie wahrscheinlich um ein Vielfaches höher als die Agrarsubventionen selbst.

Denn das ist der Fluch demokratischer Entscheidungsprozesse: Wenn erst einmal bürokratische Apparate eingerichtet wurden, können sie nicht einfach wieder abgeschafft werden. Politiker würden das nicht wagen. Die mögen keine unpopulären Maßnahmen. Also bleibt im schlimmsten Fall der bürokratische Wasserkopf selbst dann bestehen, wenn die Subvention wegfallen sollte. Wahrscheinlich aber wachsen beide: die Bürokratie und die Subventionen.

Die Entartung der Subventionen vom Ausgleich von Versorgungsengpässen zur Aufblähung einer gigantischen Agrarbürokratie ist ein Paradebeispiel dafür, wie politisch am Anfang vielleicht einmal sinnvolle Projekte sich verselbstständigen und zur Hydra auswachsen: Sollte es tatsächlich einmal gelingen, einen ihrer Köpfe abzuschlagen, so wachsen gleich zwei neue nach.

Inzwischen ist das vielköpfige Ungeheuer zum Monster geworden. Man kennt das vom einstigen Britischen Kolonialministerium: Obwohl das britische Empire nach Ende des Zweiten Weltkriegs erheblich geschrumpft war und am Ende überhaupt keine Kolonien mehr hatte, wuchs die Anzahl seiner Beamten zwischen 1935 und 1957 auf mehr als das Sechsfache an.

Die Faustformel für die Verteilung der Agrarsubventionen ist vor allem der Umfang der bewirtschafteten Fläche. Ein Aberwitz. So werden nicht einmal dem Anschein nach Kleinbetriebe gefördert, die es noch am ehesten brauchen könnten, sondern Großunternehmen und Großkonzerne, denen es auf Grund von Skaleneffekten ("economies of scale") sowieso besser geht.

Ein Landwirt in Deutschland erhält im Durchschnitt 340 Euro pro Hektar (ha), den er bewirtschaftet. Wenn er also 10 ha bewirtschaftet, bekommt er 3.400 Euro. Hat er hingegen einen großen Ackerbaubetrieb von 500 ha, erhält er jedes Jahr 170.000 Euro. In anderen Ländern - speziell in den neuen Mitgliedsstaaten - ist der Betrag pro Hektar deutlich geringer.

Tatsächlich dient nur ein verschwindend geringer Teil der Subventionen der nachhaltigen Landschaftspflege. Mit fast 40 Milliarden Euro stützt der Staat durch die pauschale Direktzahlung pro Hektar vor allem die Massentierhaltung.

20 Prozent der Betriebe erwirtschaften 80 Prozent der gesamten Produktion. Sie bekommen auch ungefähr 80 Prozent der Direktzahlungen. Die 20 Prozent drücken wegen ihrer Größenvorteile in der Produktion die Preise. Das ist eines der Grundprobleme der Subventionspolitik.

In Deutschland profitieren die Empfänger von Zuwendungen in Höhe von über 7 Milliarden Euro. Spitzenreiter beim Einstreichen des Geldsegens aus den Agrartöpfen sind Frankreich (10 Milliarden) und Spanien (7,5 Milliarden). Dafür zahlt jeder Bürger und jede Bürgerin in der EU pro Jahr etwa 100 Euro in den Agrarhaushalt der Gemeinschaft.

In Deutschland kassiert nur ein Prozent der Großbetriebe 30 Prozent der EU-Agrarmittel, die nach Deutschland fließen. 75 Prozent der kleinen Landwirte müssen sich mit 30 Prozent zufrieden geben. Dabei kommt es schon mal vor, dass für riesige Flächen, die überhaupt nicht bewirtschaftet werden, hohe Summen ausgezahlt werden. Die Subventionsbezieher müssen nämlich keinerlei Leistungsnachweis dafür erbringen, was sie mit den Direktzahlungen machen.

So ist einer der größten Bezieher von Agrarsubventionen der Essener Energiekonzern RWE, der mit Schaufelradbaggern Braunkohle fördert und die Flächen danach wieder begrünt. Mit 10.000 ha, die nach Abbau der Bodenschätze zu Landwirtschaftsfläche mutiert sind, zählt RWE zu den größten Bauern Deutschlands (Jahresgewinn 6,8 Milliarden Euro). Die EU-Zahlungen summierten sich von 2002 bis 2006 auf über 2,1 Millionen Euro.

Noch kurioser sind Fördergelder für globale Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé, dessen Betriebsgewinn 2013 bei 6,5 Milliarden Euro lag: Er bezieht dennoch mehrere Millionen Euro von der EU, weil der Konzern von EU-Bauern Zucker und Milch kauft. Die Logik des Konzerns, die ein Sprecher von Nestlé in einem ARD-Interview äußerte:

> Wir kriegen Geld von der EU, damit wir auch weiterhin europäische Milch, europäischen Zucker kaufen können. Diese beiden Produkte sind auf dem Weltmarkt entschieden billiger. Und wenn die europäischen Bauern, deren Verarbeiter wir sind, diese Produkte weiter verkaufen wollen, dann muss jemand dafür sorgen, dass wir einen Rohstoff einkaufen können, der auf irgendeine Art verbilligt wird.

Ganz ohne Subventionen funktioniert alles viel besser

Dass eine Landwirtschaft auch ganz ohne Subventionen auskommen kann, zeigt das Beispiel Neuseelands. Dessen Agrarsektor wurde jahrzehntelang hoch subventioniert. Eine Wirtschaftskrise machte Mitte der 1980er Jahre eine radikale Agrarreform notwendig.

Die hohen Subventionen und eine protektionistische Außenwirtschaftspolitik hatten die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft erschüttert. So wie die Landwirte in Europa das noch heute tun, hatten die neuseeländischen Landwirte alle Marktsignale missachtet und richteten ihre Produktion danach aus, wo sie die üppigsten staatlichen Fördergelder bekamen. Fast 40 Prozent ihres Einkommens bezogen die Landwirte aus öffentlichen Mitteln.

Die nackte Angst vor dem Staatsbankrott veranlasste die Regierung in Wellington 1984, rund 30 Subventionen und Exportstützen zu komplett zu streichen. Es gab nur noch flankierende staatliche Hilfen bei Um- oder Entschuldungen, und in einem drei Jahre dauernden Prozess orientierte sich die Landwirtschaft neu.

Die Produktion wurde an die Marktanforderungen angepasst und von Schafzucht auf Milchwirtschaft umgestellt. Betriebe vergrößerten sich, arbeiteten effizienter und profitierten von den Wirtschafts- und Steuerreformen.

Offizielle Schätzungen rechneten damit, dass zehn Prozent der rund 80.000 Agrarbetriebe Neuseelands dicht machen müssten - und das in einem Land, in dem die Landwirtschaft schon Mitte der 1980er Jahre mehr als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beisteuerte und jeden zehnten Arbeitsplatz stellte. Aber am Ende mussten nur 800 Höfe schließen. Die Zahl der Landbevölkerung blieb stabil.

Heute erwirtschaftet die Landwirtschaft zwölf Prozent des neuseeländischen Bruttoinlandprodukts. Die Wirtschaftsleistung der Landwirtschaft liegt achtzig Prozent über dem früheren Niveau. Die Produktivität der gesamten Landwirtschaft hat sich verdoppelt. Neuseeland kann es sich leisten, neunzig Prozent seiner Agrarprodukte zu exportieren.

Was in Neuseeland möglich war, dürfte in Deutschland und Europa ein schöner Traum bleiben, weil es von vornherein bei den Agrarsubventionen nicht um Marktkorrekturen geht, sondern um den Erhalt der Verteilungsmacht einer wuchernden Politbürokratie, die an ihren Pfründen hängt und diese mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Das neuseeländische Beispiel zeigt, dass Subventionen eben nicht Unebenheiten einer Wirtschaft ausgleichen helfen und erhaltenswerte Branchen am Leben erhalten. Im Gegenteil. Es zeigt, dass Subventionen einer der größten Krebsschäden einer jeden Wirtschaft sind und die Produktivität einer Volkswirtschaft einschneidend schwächen - und zwar in einem solchen Maße, dass man sich fragen könnte, welcher Teufel denn die europäischen Politiker treibt, Europa immer tiefer im Sumpf der Subventionspolitik versinken zu lassen. *Die Völker der demokratischen Welt zahlen einen hohen Preis dafür, dass sie sich den Luxus parasitärer Politiker leisten.*

Doch leider liegt auch die Antwort auf der Hand: Nur so können die demokratisch gewählten Politiker ihre Klienteles bedienen, den Erhalt ihrer Macht gewährleisten und Wahlen gewinnen. Die gigantische Bürokratie des europaweiten Subventionssumpfs hat im Vergleich zum relativ bescheidenen Volumen der neuseeländischen Wirtschaft mit ihren gerade mal viereinhalb Millionen Einwohnern auf einer Fläche, die nicht sehr viel kleiner als die Deutschlands ist, geradezu gewaltige Ausmaße. Da sind effiziente Maßnahmen nicht mehr durchsetzbar.

In Deutschland stehen für die irrsinnigsten Projekte üppige Subventionen bereit. Viele davon sind so aberwitzig, dass der unbefangene Betrachter nicht entscheiden kann, was die Politiker ritt, als sie die Gelder verstreuten: Schamlosigkeit beim Umgang mit Steuergeldern oder nackte Blödheit. Viele Subventionen, die der deutsche Staat gewährt, sind so absurd, dass man sich entgeistert fragt, ob wirklich nicht im Kabarett sitzt:

Nur Fliegen ist wirklich schön

Die Bundesregierung fördert den Bau von Flugzeugen und Triebwerken. 244 Millionen Euro betrugen 2010 die Hilfen für den Verkauf ziviler Flugzeuge. Davon profitierte vor allem Airbus. Letztlich verbilligt die Förderung die Preise für Flugzeuge. Das wiederum schlägt sich am Ende in günstigen Flugticketpreisen nieder. So werden umweltbelastende Flugreisen begünstigt. Und das hat international einen Subventionswettlauf entfacht. Dem Bundeshaushalt entgehen so Jahr für Jahr 680 Millionen Euro.

Schnaps vom Staat

Die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB), Offenbach, kauft und verwertet Produkte der Brennereien, die aus Kartoffeln, Getreide oder Obst hochprozentigen Agraralkohol herstellen. Sieben Prozent der deutschen Alkoholerzeugung werden über die Branntweinmonopolverwaltung auf den Markt gebracht. Die Behörde verkauft den Alkohol mit Verlust. Der Fehlbetrag wird durch einen Bundeszuschuss aus Steuermitteln gedeckt Der Steuerzahler stellt dafür jährlich 80 Millionen Euro bereit. Ein Branntweinmonopol wie in Deutschland gibt es sonst nirgendwo in der Welt.

Elterngeld für akademische Paarungsmuffel

Deutschland ist kein kinderfreundliches Land. Mit statistisch gerade noch 1,38 Kindern pro Frau rangiert Deutschland 2012 im Europa-Vergleich weit abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Weniger zeugungswillig sind nur noch die Portugiesen mit 1,32 Kindern pro Frau. Um die Paarungsfreudigkeit besonders von Akademikern zu erhöhen, führte die große Koalition aus SPD, CDU und CSU 2007 das Elterngeld ein. Maximal 1.800 Euro im Monat zahlt der Staat bis zu 14 Monate lang: Gesamtkosten 2010: 4,58 Milliarden Euro.

Gebracht hat das gar nichts: Die Zahl der Neugeborenen sank weiter. Das Elterngeld hat keinen Einfluss auf die Entscheidung für ein Kind. Es wird zur mitgenommen, um die Familienkasse aufzufüllen. Es ist eine Subvention für begüterte Akademiker.

Kampf gegen Juristenkauderwelsch

Das Bundesjustizministerium will das Amtsdeutsch und die Gesetzessprache verständlicher machen. Und obwohl in den Bundesministerien über 18.000 Personen beschäftigt sind - eine Kleinstadt -, fand sich dort offenbar niemand, der ausreichend Deutsch schreibt und spricht. Deshalb wurde dafür ein externer Redaktionsstab gegründet. Kosten: 632.000 Euro.

Morgengabe für Hotels

Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent hat die Städte und Gemeinden viel Geld und die FDP im Gegenzug viele Sympathien und sehr viele Stimmen gekostet. Manchmal wenigstens gehen Subventionsschüsse nach hinten los. Kosten trotzdem: 1,6 Milliarden Euro. Doch obwohl inzwischen die FDP nicht einmal mehr im Parlament vertreten ist, bleibt die günstige Mehrwertsteuer weiterhin nach dem Motto unangetastet: Geschenkt ist geschenkt.

Pflügen fürs Vaterland

Manche Landwirte messen sich in Wettbewerben in der Kunst des Pflügens, und zwar im Dreh- und Beetpflügen. Zu diesem Zweck haben sie sich im Deutschen Pflügerrat zusammengeschlossen. Der ist Mitglied im Weltpflügerrat. Das kostet Geld. Daher zahlt das Bundeslandwirtschaftsministerium dem Verein jedes Jahr 3.000 Euro.

Millionen für die schönen Ferien wackerer Staatsdiener

Jedes Jahr verpulvert die Bundesregierung Millionenbeträge für Urlaube ihrer Ministerialbeamten. Allein die bittere Not leidenden Beamten des Bundesverkehrsministeriums bekamen dafür satte 3,9 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zugeschossen. Dank dieser Zuschüsse an die Sozialwerke der verschiedenen Ministerien - natürlich gibt es auch ein Sozialwerk für die Angehörigen des Bundeskanzleramts, eines für die Angehörigen des Auswärtigen Amts und selbstredend auch des Bundesfinanzministeriums - können die sowieso schon fürstlich bezahlten Ministerialbeamten Urlaub auf Kosten der Steuerzahler machen - in Häusern, die niemand außer den Staatsdienern nutzen darf und die mit öffentlichen Geldern errichtet wurden und erhalten werden.

Allein das Sozialwerk der Inneren Verwaltung hat mehr als 22.000 Mitglieder. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialwerke betreut 190.000 Mitglieder und deren Familienangehörige, insgesamt 475.000 Personen in deutschen und ausländischen Dienststellen des Bundes.

Den Sozialwerken stehen Ferieneinrichtungen im Eigentum des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und auch eigene Gebäude zur Verfügung. Übrigens auch im fernen Ausland. Der Staat lässt sich nun mal nicht lumpen, wenn es um die Privilegien seiner treuen Diener geht. Wie viele Millionenbeträge da insgesamt zusammenkommen, ist schwer zu ermitteln, weil das in den einzelnen Ministerien über verschiedene Haushalte gestreut und geschachtelt ist.

Beratungen über Baumwolle tun not

Deutschland ist Mitglied im Internationalen Baumwollberatungsausschuss (ICAC). Zwar wird hierzulande überhaupt keine Baumwolle angebaut, trotzdem zahlt das Bundeswirtschaftsministerium jährlich 17.000 Euro an den ICAC, damit der sich über Baumwolle beraten kann. Tatsächlich ein Zuschuss für die Urlaubskasse.

Guter Bioökonomierat ist teuer

Das Bundesforschungsministerium rief 2009 den "BioÖkonomieRat" ins Leben. Die ersten drei Ratsjahre kosteten die Steuerzahler 2,1 Millionen Euro. Dafür "erarbeitete" der Rat Empfehlungen an die Bundesregierung. Die erste Empfehlung lautete: Das Ministerium solle die Forschungsaktivitäten stärker zusammenzufassen. Könnte man billiger kriegen.

Steuergelder fürs Rauchen

7 Millionen Euro zahlt der Bund jedes Jahr für die "Befreiung für Tabakwaren, die der Hersteller an seine Arbeitnehmer als Deputate ohne Entgelt abgibt". Rauchen ist tödlich, aber steuerfrei.

Freiheit fürs Freibier

Auch die Mitarbeiter von Brauereien bekommen jährlich eine Million Euro für Freibier, das heißt, für die "Befreiung von Haustrunk, den der Hersteller an seine Arbeitnehmer als Deputat ohne Entgelt abgibt".

Rote Lippen aus Torf

Für die Entwicklung eines Lippenstifts aus Torf stiftet die Bundesregierung 260.000 Euro. Torf soll vor UV-Strahlen schützen und Entzündungen hemmen. Doch warum schafft die Kosmetikindustrie nicht selbst die Erforschung des Lippenpflegestifts? Sie zählt ja nicht gerade zu den notleidenden Branchen.

Zirkuswagen für Löwen- und Tigertransporte

Schausteller erhalten für ihre Zugmaschinen, Wohnwagen und Packwagen Steuerbefreiungen. Wohnwagen müssen ein zulässiges Gesamtgewicht von mehr als 3.500 kg aufweisen, Packwagen mindestens 2.500 kg. Wohnwagen müssen als Anhänger mitgeführt werden. Als Packwagen gelten Einrichtungen zur Beförderung von Betriebseinrichtungen wie Verkaufs-, Schieß-, Verlosungs- oder Gerätewagen. Kosten: 1 Million Euro.

Sicherheit für Weihnachtsbäume im Haus

Das Bundessozialministerium unterstützt die Aktion "Das sichere Haus", die zahlreiche Broschüren produziert. Dort steht zu lesen, dass man die Wassertemperatur prüfen sollte, bevor man sein Kleinkind in die Wanne setzt. Oder dass trockene Weihnachtsbäume schneller Feuer fangen als frische. Solch‘ kluger Rat ist schon eine Menge Geld wert. 2011 kostete das die Steuerzahler 70.000 Euro.

Kohle für Privatschulen

Eltern können Schulgeld steuerlich zu 30 Prozent als Sonderausgaben absetzen, wenn sie ihr Kind auf eine private oder kirchliche Schule schicken. Der maximale Sonderausgabenabzug für Schulgeld für deutsche und ausländische Schulen stieg von 3.000 auf 5.000 Euro.

Schöner Wohnen für Staatsdiener

Der Staat fördert den Bau von Wohnungen für Bundesbedienstete. Die Mittel sind auf Grund der Verlagerung des Dienstsitzes des Parlaments und der damit verbundenen Umzüge einiger Bundesbediensteter erforderlich. Die Subvention hat zur Folge, dass durch den verminderten Kostendruck die Kosteneffizienz beim Bau der Wohnungen beeinträchtigt wird. Daher sind subventionierte Wohnungen teurer als die frei finanzierten Wohnungen. Kosten: 6 Millionen Euro.

Viel Kohle für wenig Kohle

330 Milliarden Euro Kohlesubvention flossen zwischen 1950 und 2008. Die Förderung setzt sich aus Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und budgetunabhängigen staatlichen Hilfen zusammen. Ursprünglich sollte die Steinkohlesubvention die Energieversorgung sicherstellen und das Wirtschaftswachstum in Deutschland fördern.

Ab 1960 diente sie zur Erhaltung des Bergbaus sowie später zur "sozialverträglichen Beendigung". Da die Leistungen über Jahre hinweg bezahlt wurden, sind die Subventionen mitverantwortlich für den hohen Anteil der Steinkohle am Verbrauch von Primärenergie.

Mit einer geringeren Förderung wäre ein früherer Wechsel zu umweltfreundlichen Technologien möglich gewesen. Der Bund und die beteiligten Länder haben sich darauf verständigt, die Kohlesubventionen bis 2018 auslaufen zu lassen. Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle werden noch als Absatzhilfe für die unverkäufliche deutsche Steinkohle gezahlt: Kosten: 1,554 Milliarden Euro.

Wozu sollen Versicherungsvertreter auch Steuern zahlen?

Bausparkassen- und Versicherungsvertreter sind vollständig von der Umsatzsteuer befreit. Kosten: 5 Millionen Euro.

Handwerk hat goldenen Boden

Für handwerkliche Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten können 20 Prozent von maximal 6.000 Euro als Bonus von der Steuerschuld abgezogen werden, also bis zu 1.200 Euro pro Jahr und Haushalt. Kosten: 3,035 Milliarden Euro.

Schöner Glotzen

2,2 Millionen Euro zahlt das Bundesforschungsministerium den sieben Teilnehmern des Projekts "Gesund Wohnen mit Stil". Es soll für ältere Menschen einen Bewegungssessel entwickeln, der Gesundheitsdaten misst und mit dem Fernseher verbunden ist. Das Gerät soll die Daten auswerten und Bewegungstipps geben.

Spaß mit Computerspielen

Pädagogisch wertvolle Computerspiele werden mit dem Deutschen Computerspielpreis ausgezeichnet. Er ist mit 385.000 Euro dotiert. Das Bundeskanzleramt zahlt davon 300.000 Euro.

PC-Spiele für künftige Bauarbeiter

Das Bundesbildungsministerium möchte Azubis im Baugewerbe mit einem Computerspiel fortbilden. Es fördert mit 1,44 Millionen Euro ein Projekt, das "spielerisch IT-Kompetenzen" vermitteln soll, obwohl es davon schon viele auf dem Markt gibt.

Dialog mit der Immobilienbranche

Das Bundesverkehrsministerium betreibt ein Gesprächsforum mit Verbänden aus der Immobilienbranche, die ja bekanntlich zu den Ärmsten der Armen gehören. 2010 ließ sich der Bund den Dialog 250.000 Euro kosten, 2011 sogar 750.000 Euro.

Entlastung für reiche Reeder

Die 1999 eingeführte Tonnagesteuer stellt de facto eine Steuerbefreiung für Reeder dar. Die deutsche Handelsflotte schrumpft von Jahr zu Jahr. Dennoch wächst die Zahl der Schiffe, die im deutschen Schifffahrtsregister geführt werden, geradezu explosionsartig. Die Flotte der deutschen Reedereien gehört mittlerweile zu den größten der Welt. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch.

Mehr als 3.000 der rund 3.600 Schiffe in deutschem Besitz fahren nicht unter deutscher Flagge, sondern unter der Flagge eines fremden Landes. Meist sind dies Bananenrepubliken aus der Dritten Welt. So fuhren 2008 insgesamt 933 Schiffe deutscher Reeder unter der Flagge Antiguas und 811 Schiffe unter der Flagge Liberias.

Bei der Tonnagesteuer entfällt die Besteuerung auf die tatsächlichen Gewinne aus dem Reedereigeschäft und wird durch eine lächerlich geringe Pauschalsteuer ersetzt, die sich auf die Tonnage der Schiffe bezieht.

Da die Flotte der deutschen Reeder zum Großteil nicht den Reedern, sondern vermögenden Investoren gehört, die sich über geschlossene Fonds an Schiffen beteiligen, stellt die Tonnagesteuer eine Steuerbefreiung für wenige sehr reiche Bürger dar. Da diese Einnahmen eigentlich zum regulären Einkommenssteuersatz oder wenigstens in Höhe der Kapitalertragssteuer versteuert werden müssten, entgeht dem Staat durch diese Subvention, je nach konjunktureller Lage, jährlich bis zu einer Milliarde Euro.

Weitere Subventionen im Schiffbau sind: (1) Zinszuschüsse für Aufträge an deutsche Werften als Abwehrmaßnahme gegen koreanische Konkurrenz: 1 Million Euro. (2) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft. Noch einmal 0,5 Millionen Euro. (3) Anpassung an internationale Marktbedingungen durch Zinszuschüsse, d.h. Staatshilfe für erfolglose Firmen: 2 Millionen Euro. (4) Innovationsbeihilfen zu Gunsten der deutschen Werftindustrie. Kosten: 11 Millionen Euro.

Mach Dir ein paar schöne Stunden im Kino

Den Film "Inglourious Basterds" von Quentin Tarantino (Produktionskosten 70 Millionen Dollar) förderte die Bundesrepublik mit 6,8 Millionen Euro. Schon am ersten Spieltag spielte der Film die Produktionskosten wieder ein. Doch die Steuerzahler bekamen keinen Cent zurück. Auch Roland Emmerichs profitabler Film "Anonymous" wurde 2010 mit 4,4 Millionen Euro subventioniert.

Insgesamt stehen jährlich 90 Millionen Euro für Kinofilme bereit. Ziel der Filmförderung ist es, eine "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Erhalt und Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der filmwirtschaftlichen Unternehmen, Erzielung nachhaltiger Impulse für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie weiterer volkswirtschaftlicher Effekte, Stärkung des Kulturguts Kinofilm" zu erreichen. Die Filmförderung führt zur Diskriminierung anderer Sektoren und zu Kostenineffizienz in der Produktion.

Geld für die notleidenden Zahnärzte

Wird eine Zahnprothese zum Teil von einem fremden Zahntechniker gefertigt und stellt der Zahnarzt eigene Materialien wie selbst hergestellte Zähne bereit, so zahlt er für die Leistung der im eigenen Unternehmen gefertigten Materialien ermäßigte Steuern. Bezieht er die komplette Zahnprothese von einem fremden Zahnlabor oder Zahntechniker, ist die Lieferung dieser Zahnprothese insgesamt steuerfrei. Kosten: 415 Millionen Euro.

Wer seine Firma verkauft, kriegt Geld vom Staat

Freibetrag für Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wer seine Firma verkauft, wird belohnt. Kosten: 30 Millionen Euro.

Hilfe für den verarmten Landadel

Freibetrag für alle alleinstehenden Land- und Forstwirte mit Einkünften unter 30.700 Euro und für Verheiratete mit weniger als 61.400 Euro. Mit anderen Worten: Hilfe für den verarmten Landadel. Kosten: 75 Millionen Euro.

Rabatte für die eigene Belegschaft

Ein Belegschaftsrabatt bietet Arbeitgebern die Möglichkeit, Arbeitnehmern steuerbegünstigt Arbeitslohn zu gewähren, indem er ihnen Waren und Dienstleistungen kostenlos oder verbilligt überlasst. Es ist ein Personalrabatt, der nur für Waren oder Dienstleistungen gilt, mit denen der Betrieb gegenüber normalen Kunden handelt. Er kann die Form von leih- oder mietweiser Überlassung von Grundstücken, Immobilien und Kraftfahrzeugen oder anderen beweglichen Wirtschaftsgütern haben. Kosten: 50 Millionen Euro.

Bonus für Spesenritter

Pauschalierung der Lohnsteuer für Verpflegungsmehraufwendungen, das heißt, ein Bonus für Spesenritter. Kosten: 50 Millionen Euro.

Gelder für Dinosauriermodellierer und andere Künstler

Erklärtes Ziel der Künstlersozialkasse war es, selbstständige Künstler und Publizisten unter den Schutz einer Kranken- und Rentenversicherung zu stellen. Die Versicherten zahlen etwa die Hälfte des Beitrags. Die andere Hälfte wird teilweise vom Bund getragen sowie von einer Abgabe, die Unternehmen, die künstlerische Leistungen in Anspruch nehmen, leisten müssen.

Für das Jahr 2010 zahlte der Bund rund 160 Millionen Euro. Die Zuschüsse verursachen einen "Künstlerboom". Ende der 1990er Jahre zählte die Künstlersozialkasse rund 47.500 Versicherte. 2013 waren es fast 180.000 freischaffende Künstler. Es entstehen fragwürdige "Kunstberufe" wie "Dinosauriermodellierer". Offensichtlich ruft die Subvention vor allem eines hervor: Mitnahmeeffekte.

Die endlose Geschichte vom Umzug von Bonn nach Berlin

Wohnungsfürsorge aus Anlass des Regierungsumzugs nach Berlin. Maßnahmen für Angehörige der Verwaltung des Bundes und der Bundeswehr, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und Bundestagsabgeordneten ebenso für Bedienstete von mittelbaren Bundeseinrichtungen und von Zuwendungsempfängern des Bundes. Kosten: 2 Millionen Euro - und das über 20 Jahre nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin.

Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen

Für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen kann eine Steuerermäßigung geltend gemacht werden. Ziel der Subvention: die Eindämmung der Schwarzarbeit und die Schaffung von offiziellen Arbeitsplätzen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Die Mindereinnahmen auf Grund der Steuerermäßigung belaufen sich auf etwa eine Milliarde Euro. Ob die Subvention die Schwarzarbeit wirklich eindämmt, ist zweifelhaft.

Ein Binnenschiff wird kommen

Schweröle sind als Betriebsstoffe für die gewerbliche Binnenschifffahrt von der Mineralölsteuer befreit. Ziel dieser steuerpolitischen Maßnahme ist es, die Wettbewerbsverhältnisse der auf anderen Wasserstraßen verkehrenden Schifffahrt an die auf Grund internationaler Verträge für das Rheinstromgebiet geltende Abgabenbefreiung anzugleichen.

In der Diskussion um die steuerlichen Rahmenbedingungen des Verkehrsträgerwettbewerbs in Deutschland entstehen indes der Deutschen Bahn durch die Befreiung der Binnenschifffahrt von der Mineralölsteuer erhebliche Wettbewerbsnachteile. Kosten: 120 Millionen Euro.

Mineralölsteuerbefreiung für Inlandsflüge

Während Bus und Bahn Mineralöl- und Stromsteuer zu zahlen haben, ist der vielfach klimaschädlichere Flugverkehr ist der Flugverkehr vollständig von der Mineralölsteuer befreit und auf internationalen Strecken sogar von der Mehrwertsteuer. Im innerdeutschen Flugverkehr könnte die Bundesregierung eine Kerosinsteuer problemlos einführen. Kosten: 680 Millionen Euro.

Sonderprämie für Bürokraten

Die Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung setzt sich für die Gestaltung und Optimierung von Dienstleistungstätigkeiten in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung; die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der Kommunikation zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung; die Effizienzsteigerung durch Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieentlastung; die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen; die praxisgerechte Auslegung von Rechtsvorschriften; Förderung und Weiterentwicklung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien ein und bekommt dafür Geld. Kosten: 1 Million Euro.

Hausherrenmodell für Immobilien

Verschonungsabschlag von zehn Prozent für vermietete Wohnimmobilien, also ein Steuerbonus für Hausherren. Kosten: 210 Millionen Euro.

All dies sind deutliche Anzeichen dafür, dass das ganze System völlig aus den Fugen geraten ist; denn die Subventionen sind in Wahrheit überhaupt keine Subventionen im volkswirtschaftlichen Sinn. Es sind Tributzahlungen an die politische Klientele. Sie können aus genau diesem Grunde auch nicht mehr so leicht rückgängig gemacht werden. Die Situation ist festgefahren. Es gibt kein Vor und kein Zurück und auch kein Ausweichen nach links oder rechts.

Rationale Ignoranz als Hemmklotz von Veränderungen

Das gleiche Bild zeigt sich in jedem denkbaren Politikfeld. Die Repräsentanten haben den Karren mit großem verbalem Aufwand an die Wand gefahren und hampeln hilflos umher. Bloß: Lösungen finden sie nicht.

Wie hat es überhaupt je dazu kommen können, dass die Wähler dies alles so widerstandslos, apathisch, ja gelangweilt über sich ergehen lassen?

Die Wissenschaft hat dafür den Terminus "rationale Ignoranz" geprägt - eine etwas widersprüchliche Angelegenheit; denn in Wahrheit ist diese Ignoranz höchst irrational. Sie scheint nur rational.

Jeder Wähler weiß, dass er mit seiner Stimme nur einen minimalen Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Könnten die Wähler eine Wahl entscheiden, wäre das gewissermaßen der Nutzen, den die Entscheidung ihnen bringen könnte.

Um ein solches äußerst unwahrscheinliches Ergebnis erzielen zu können, müssen Wähler aber unendlich viel Zeit investieren, bis sie sich tatsächlich zu jedem entscheidungsrelevanten Thema eine fundierte Meinung bilden könnten. Das wären die Kosten ihres politischen Engagements.

Daher entscheiden sich die meisten Wähler dafür, die Kosten zu drücken, und informieren sich erst gar nicht. Sie entscheiden sich also ziemlich rational dafür, ignorant zu bleiben. Das mögliche Ergebnis rechtfertigt den hohen Aufwand nicht.

Weil die eigene Stimme in der repräsentativen Demokratie fast gar keinen Einfluss auf das Wahlergebnis und die daraus folgende Politik hat, lohnt es sich für den "homo oeconomicus" nicht, hohe Informationskosten in Kauf zu nehmen. Was er an Informationen aufnimmt, hängt eher vom *Unterhaltungswert* der Nachricht als von deren politischer Bedeutung ab. Wenn die eigene Stimme in einem Millionenmeer von anderen Stimmen versinkt, dann ist diese Ignoranz auch ganz vernünftig, wenn es politisch um das große Ganze geht.

Völlig anders stellt sich das bei partikularen Interessen dar. Da geht es um die ganz persönlichen Vorteile. Da kann sich keiner Ignoranz erlauben. Landwirte wissen über Agrarsubventionen, Bergarbeiter über Steinkohlesubventionen, Unternehmer über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Studenten über Studiengebühren bestens Bescheid.

Wenn aber nur Leute mit Partikularinteressen halbwegs informiert sind, die Masse der nur indirekt als Steuerzahler oder Konsumenten betroffenen Bürger aber fast gar nicht, dann lohnt es sich für Politiker, die ja gewählt werden wollen, sich weitgehend den Wünschen der betroffenen und informierten Minderheiten zu unterwerfen und für diese spürbare und möglichst große Vorteile durchzusetzen - auch und gerade zu Lasten schlecht oder gar nicht informierter Mehrheiten.

Wer nichts weiß, kann nicht intelligent wählen. Die Kosten der Umverteilung können für viele wenig Belastete zwar einzeln gering, aber in der Summe doch sehr hoch werden. Ineffizienz ist in dem Sinne möglich, dass die Summe der Verluste die Summe der Vergünstigungen weit übertrifft. Rationale Ignoranz der Wähler führt in der Konsequenz zu einer Wirtschaftspolitik, die sich gegen das Gemeinwohl und gegen die Interessen der Gesamtbevölkerung richtet.

kosch.htm

Anhang

Links

[1] http://www.heise.de/tp/artikel/41/41495/

Artikel URL: http://www.heise.de/tp/artikel/41/41557/
Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag